

Das Recht, gehört zu werden

Wort 21/11/2014

Ombudscomité fir d'Rechter vum Kand hebt im neuen Jahresbericht die Stimmen der Kleinen hervor

Auf politischer Ebene hat die Dreierkoalition die Familienpolitik zu ihren Prioritäten erklärt. Doch das Wohl der Kinder ist weiter gefasst als die Perspektive auf neue Sachleistungen und ein zweisprachiges Förderungsangebot in den Kitas. Was die Kinder besorgt, und mit welchen Schwierigkeiten die Familien im Alltag konfrontiert sind, darüber weiß das Ombudscomité fir d'Rechter vum Kand (ORK) zu berichten. Zum internationalen Tag der Kinderrechte am 20. November stellte das Komitee gestern seinen Jahresbericht vor und ließ den politischen Vertretern seine Empfehlungen zukommen. Anlässlich des 25. Jubiläums der Kinderrechtskonvention wollte das ORK denn auch ein besonderes Thema hervorheben: Das Recht der Kinder, Gehör zu bekommen.

Unterstützung vor Gericht

Zusätzlicher Handlungsbedarf erkennt das ORK bei Verfahren vor Gericht. Bereits jetzt gibt es Kinderanwälte, die den Kleinen helfen können, sich Gehör zu verschaffen und sie in den juristi-

schon Abläufen begleiten. Doch die Unterstützungsmöglichkeiten seien oftmals nicht bekannt genug. „Es gibt keine offizielle Liste und es fehlen gut zugängliche Infos über den juristischen Beistand“, so ORK-Präsident René Schlechter. Weiter sollten die Aufgaben von Kinderanwälten näher definiert und anerkannt werden.

Es geht darum, die Kinder besser zu informieren und zu begleiten. Fraglich ist aber, ob für jeden Scheidungsfall ein Kinderanwalt herangezogen werden sollte? „Es sollte dort erfolgen, wo es Sinn macht. Wir raten dazu, wenn die Eltern sehr zerstritten sind“, meint René Schlechter.

Fehlende Mittel bei Hilfestellen

Weiteren Klärungsbedarf beim Sorge- und Besuchsrecht, sowie bei Fremdplatzierungen gibt es angesichts der Arbeit der staatlichen Dienststellen. Das ORK macht darauf aufmerksam, dass die Hilfestellen unterbesetzt sind, was zu erheblichen Beeinträchtigungen führe. „Fehlendes Personal und Mittel verzögern die Unter-

suchungen und das Erstellen von Gutachten, so dass manche Kinder etliche Monate von ihren Eltern oder einem Elternteil ge-



Der Kinderrechtsbeauftragte René Schlechter befasste sich 2014 mit 111 neuen Dossiers. (FOTO: T. BETTEGA)

trennt sind“, moniert der ORK-Präsident. Zum Wohl der Kinder sollten administrative Hürden bestens gelöst werden.

Mit politischen Prioritäten, wie z.B. die beabsichtigte Herabsetzung des Wahlalters auf 16 Jahre, hat sich das ORK nicht direkt befasst. Das Ombudscomité wirbt für ein generell verbessertes Umfeld, in dem die Kinder von klein auf gefordert werden, sich einzubringen und ihre Stimme gefördert wird. „La parole de l'enfant n'existe que par l'écoute de l'adulte“, heißt es denn auch im Jahresbericht.

Auf wie viel politisches Gehör die Empfehlungen des ORK stoßen werden, bleibt abzuwarten. Die Frage rund um die Unabhängigkeit der Organisation ist jedenfalls noch immer nicht geklärt. Seit längerem ist davon die Rede, das ORK dem Parlament - und nicht mehr einem Ministerium - zu unterstellen. Positiv bewertet René Schlechter aber dieses Signal: Anders als in den Jahren zuvor, hat das ORK seinen Bericht diesmal dem Premierminister persönlich aushändigen können. (BB)